

WAHLPRÜFSTEINE LTW 2022

Bundesverband Deutscher Milchviehalter e.V.
Niedersachsen

Milchmarkt

1. Wie sieht Ihre Partei die Zukunft einer regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft mit entsprechender Nutztierhaltung?

Die niedersächsische Landwirtschaft befindet sich mitten in einem großen Transformationsprozess. Die Herausforderung für die landwirtschaftlichen Betriebe, neben der traditionellen Produktion von Lebens- und Futtermitteln, ist eine verstärkte Berücksichtigung vieler uns allen wichtiger Schutzgüter: mehr Tierschutz, mehr Artenschutz, mehr Umweltschutz - und dabei trotzdem ein angemessenes Einkommen erzielen. Der Transformationsprozess bietet vielfältige neue Chancen, löst bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben jedoch auch Sorgen aus. Deswegen ist für uns klar: Wir werden diesen Transformationsprozess aktiv politisch gestalten und auf Augenhöhe mit der Landwirtschaft an Lösungen für eine umweltschonende, effiziente und gesellschaftlich wertgeschätzte Landwirtschaft arbeiten, die weiterhin wettbewerbsfähig und auskömmlich ist.

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr einen 7-Punkte-Aktionsplan beschlossen, um einen klaren Kurs in puncto Landwirtschaft vorzugeben, welcher ganz im Sinne des Niedersächsischen Weges ist.

Im Aktionsplan wurde sich eindeutig bekannt zu einem Verhaltenskodex für mehr Wertschätzung auch gegenüber den Lebensmittelproduzenten. Dies soll durch freiwilligen Verzicht auf Billigwerbung, lebensmittelbezogene Mindestpreise und auch eine Kennzeichnung für Erlösanteile der Produzierenden in einem gemeinsamen Verhaltenskodex festgelegt werden.

Ein Schlüssel für die Stärkung der Regionalität ist die Förderung der Direktvermarktung. Auch hier ist die SPD in engem Kontakt mit beteiligten Akteuren, um Direktvermarkter weiter zu stärken und auch im oben genannten Aktionsplan taucht dieser Punkt auf. Des Weiteren wurde im Aktionsplan auch auf eine Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission hingewiesen. Um eine nachhaltige Landwirtschaft mit einer tierwohlorientierten Haltung umzusetzen, ist eine entsprechende Finanzierung nötig. Diese Forderung findet sich entsprechend auch in unserem Regierungsprogramm wieder.

2. Welche Veränderungen sind aus Sicht Ihrer Partei zur Etablierung eines Preisniveaus für die von der Landwirtschaft erzeugten Agrarprodukte notwendig, um die wirtschaftliche Perspektive unserer Höfe zu sichern?

Über Jahrzehnte hat sich ein System etabliert, das dem Lebensmitteleinzelhandel eine Monopolstellung bei der Gestaltung der Lebensmittelpreise ermöglicht. Die Devise „Der günstigste Preis entscheidet“ hat bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein hohes Preisbewusstsein entwickelt. Kenntnisse zur Produktion, Lagerung und Verarbeitung von Lebensmitteln sinken. Produktionsbedingungen und Herkunft von Produkten sind nicht transparent genug.

Wir werden gegensteuern und einen verlässlichen Pfad zu mehr Fairness und Transparenz in der Wertschöpfungskette entwickeln, der den Erzeugern und Beschäftigten ein angemessenes Auskommen bietet, hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe gewährleistet und dabei die Verbesserung von Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und sozialen Standards in den Blick nimmt.

Wie in der Antwort auf Frage 1 kurz angerissen, werden wir einen gemeinsamen Verhaltenskodex mit dem Lebensmitteleinzelhandel, den Erzeugern und Verarbeitern, den Naturschutzverbänden und dem Verbraucherschutz vereinbaren, um kurzfristig für mehr Wertschöpfung und Wertschätzung auf der Erzeugerseite zu sorgen. Wir werden die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken konsequent umsetzen. Wir begrüßen die Einführung einer verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung und eines verlässlichen, leicht verständlichen Herkunftsnachweises für hochwertige deutsche und regionale Produkte, das auch verarbeitete Produkte im Endprodukt einbeziehen soll. Und nicht zuletzt werden wir die Einhaltung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes und des Wohnraumschutzgesetzes konsequent kontrollieren, um die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Erzeugung und Produktverarbeitung (Erntehelfer, Schlachthöfe) wirksam zu unterbinden und auskömmliche Löhne und eine menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen.

Um eine Verlässlichkeit im nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft zu garantieren, wollen wir die Agrarförderung stärker nach dem Gemeinwohl und der Zukunftsfähigkeit ausrichten. Grundlage ist dabei eine qualifizierte Abwägung zwischen der Wirtschaftlichkeit eines Betriebs und seinen Auswirkungen auf Tierwohl, Klima, Umwelt und Sozialstandards. Dazu sollen auch Potenziale der Digitalisierung und Agrarforschung genutzt werden.

3. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehalter*innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Ja. Die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken muss konsequent umgesetzt werden. Vor allem der Verkauf von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten darf nicht so bleiben. Daher müssen kosten- und existenzsichernde Mindestpreise ermittelt und Kontrollmechanismen für deren Durchsetzung etabliert werden (siehe hierzu auch Antwort auf Frage 2).

4. Farm to Fork und Green Deal sind aktuell in aller Munde. Wie steht Ihre Partei dazu insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit vielfach angezweifelten Ernährungssicherheit?

Besonders der Krieg in der Ukraine hat das Thema Lebensmittelsicherheit in den Fokus gerückt. Und wir erleben leider auch, dass die während der Corona-Pandemie erstarkte Wertschätzung für gut produzierte, regionale Lebensmittel wieder in den Hintergrund gerät. Definitiv muss eine Ernährungssicherheit immer gewährleistet werden.

Klar ist allerdings auch: Klimaschutz darf nicht gegen Ernährungssicherheit ausgespielt werden. Wir haben die Verantwortung dafür, dass hier auch morgen erzeugt und produziert werden kann.

5. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Ja. Wie in der Antwort auf Frage 2 bereits erwähnt, begrüßen wir in unserem Programm die Einführung einer verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung und eines verlässlichen, leicht verständlichen Herkunftsnachweises für hochwertige deutsche und regionale Produkte, das auch verarbeitete Produkte im Endprodukt einbeziehen soll.

Die Produkt- und Herkunftsbezeichnungen sind nicht nur ein notwendiger Bestandteil für den Erfolg von regionalen Produkten. Wir sind darüber hinaus überzeugt, dass sich das Verhalten vieler Verbraucherinnen und Verbraucher weiter ändern wird und der Fokus auf nachhaltiges Wirtschaften sich weiter verfestigt. Für Verbraucherinnen und Verbraucher wird es demnach immer wichtiger genau zu wissen, von wo ihre Lebensmittel stammen.

6. Vertritt Ihre Partei auch die Auffassung, dass sich zusätzliche bzw. höhere Standards unabdingbar und 1:1 mittels einer Erhöhung der Preise für die entsprechenden Agrarprodukte auf den landwirtschaftlichen Betrieben wiederfinden müssen?

Prinzipiell ja. Natürlich werden sich höhere Standards auch in den Preisen für Endverbraucherinnen und Endverbraucher niederschlagen müssen. Wie bereits in anderen Punkten angesprochen, steht die SPD dabei für eine größtmögliche Transparenz der Preise und Erlöse für die Landwirte. Gerade der in Frage 1. angesprochene Verhaltenskodex ist dabei maßgeblich, um idealerweise eine 1:1-Umsetzung der steigenden Kosten zu erreichen.

7. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?

Wir unterstützen die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft, welche sich gut mit unseren Zielen für die Zukunft der Landwirtschaft in Niedersachsen vereinbaren lassen. Mehr Tierschutz, mehr Artenschutz, mehr Umweltschutz, allgemein klimagerechter auf den Höfen arbeiten und trotzdem ein angemessenes Einkommen erzielen – das sind hehre Ziele, aber wir sind uns der Bedeutung bewusst.

Um dies zu erreichen, planen wir unter anderem Beratungsangebote etwa in den Bereichen der Chancen und Einkommenspotenziale der Energiewende und Klimaschutzbemühungen (Agroforst, Agri-PV, Wind im Wald und Eiweißpflanzen), der regionalen Direktvermarktung, aber auch in sozialen Fragestellungen (Hofnachfolge, Hofaufgabe) deutlich auszubauen.

Die Grundlagen sind bereits in der aktuellen Legislatur mit dem Niedersächsischen Weg gelegt worden. Diesen möchte die SPD konsequent auch in der nächsten Legislatur weitergehen und den Transformationsprozess der Landwirtschaft im ständigen Dialog mit den Landwirten begleiten.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld für die Politik ist der Bereich Moorschutz. Hierzu haben wir im Abschnitt „Grünland/Moorschutz/Klimaschutz“ auch noch einige Anmerkungen gemacht.

8. Mit der GAP 2020 und der darin berücksichtigten Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurde das Sicherheitsnetz für EU-Agrarmärkte erweitert. Mittels zeitlich befristeter Marktkrisenmaßnahmen kann Einfluss genommen werden auf eine Veränderung der angebotenen Menge an Agrarprodukten. Wird Ihre Partei dazu beitragen, dass die möglichen Marktmaßnahmen im Bedarfsfall auch eingesetzt werden? Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, im Fall von schweren Marktkrisen, zeitlich befristete Marktmaßnahmen verbindlich vorgeben zu können?

Diese Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen. Aber wir unterstützen die Planung der EU an dieser Stelle. Sowohl die Pandemie der letzten Jahre, als auch der aktuelle Krieg in der Ukraine verdeutlichen die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produktion. Das gilt natürlich umso mehr für uns in Niedersachsen, wo rund 10 Prozent der Arbeitsplätze im Landwirtschafts- und Ernährungssektor liegen.

Im Falle von schweren Marktkrisen sollten also auch zukünftig konkrete zeitlich befristete Marktmaßnahmen vorgegeben werden können.

9. Um dem Primärsektor zukünftig die Übernahme von mehr Marktverantwortung zu ermöglichen, wurden mittels der BDM-Sektorstrategie 2030, exemplarisch am Milchmarkt, aber auf alle Primärsektoren übertragbar, Überlegungen erarbeitet, die u. a. ein effizientes Marktmanagement ermöglichen würden. Wie steht Ihre Partei zu solchen Überlegungen?

Derartige Überlegungen sind dringend notwendig und gehen zu großen Teilen auch genau in die Richtung. Besonders Maßnahmen zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung oder auch die Stärkung von Direktvermarktern hin zu einer größeren Regionalität sind nach unserer Ansicht wichtige Bausteine hierfür.

Milchmarkt => Der Markt funktioniert: Verringerung im Milchaufkommen = deutlich steigende Preise für Milchprodukte – aber: Anstieg der Milcherzeugerpreise deutlich langsamer und verzögert => Marktstellung der Milcherzeuger muss verbessert werden!

Wie steht Ihre Partei zur vorgenannten Forderung?

Unterstützend. Wie in vorangegangenen Punkten bereits erläutert, setzen wir uns für eine größtmögliche Transparenz bei der Preis- und Erlöspolitik ein, um die Einkommenssicherheit für Landwirte zu verbessern.

„Rote Gebiete“

Trotz nicht unerheblicher Anpassungen in der nationalen Düngegesetzgebung besteht bezüglich der in der Düngeverordnung festgelegten Vorgaben weitergehender notwendiger Handlungsbedarf: Bei der Ausweisung der „Roten Gebiete“ ist transparent und für alle nachvollziehbar vorzugehen, im Vordergrund muss das Verursacherprinzip stehen.

Das dafür verwendete Messstellennetz ist zu modernisieren, es dürfen nur Ergebnisse von Messstellen herangezogen werden, die in einem einwandfreien Zustand sind sowie deren konkretes Einzugsgebiet nachvollziehbar dargelegt werden kann.

Wie steht Ihre Partei zur Vorgehensweise bei der Ausweisung „Roter Gebiete“?

Wichtig ist für die SPD Niedersachsen wieder zu einem verursacherorientierten Prozedere zurückzukommen. Dies war, verständlicherweise, aus Sicht der EU aufgrund der hohen Diversität an Messmethoden aus Deutschland so nicht mehr tragbar. Um ein einheitliches Verfahren sicherzustellen, musste das Verfahren zur Ausweisung der Roten Gebiete angepasst werden.

Für einen effizienten Übergang begrüßen wir als SPD den von Umweltminister Olaf Lies eingerichteten Beirat zur Düngeverordnung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Landwirtschaft und Wasserwirtschaft. Um zurück zu einer verursachergerechten Ausweisung der Roten Gebiete zu kommen, bildet der zügige Ausbau des Messstellennetzes eine notwendige Grundlage.

Wolfsproblematik

Die stetig steigende Wolfspopulation, auch in Niedersachsen, macht, vor allem im Hinblick auf die gesellschaftlich gewollte Weidetierhaltung, ein entsprechendes Wolfsmanagement erforderlich. Unterstützen Sie diese Forderung?

Ja. Unser Ziel ist es, das Zusammenleben von Weidetieren, Mensch und Wolf so gut zu gestalten, dass trotz noch steigender Wolfspopulation möglichst wenige Konflikte auftreten. Wir werden mit allen mit diesen Fragen befassten Organisationen und Verbänden einen institutionalisierten Dialog „Weidetierhaltung und Wolf“ einrichten. Wir werden durch eine Überarbeitung der Monitoring-Standards die Anzahl der in Deutschland lebenden Wölfe realitätsgetreu abbilden und wollen den Ländern europarechtskonform ein regional differenziertes Bestandsmanagement ermöglichen.

Die Grundlagen dafür wurden bei der Novellierung des Jagdgesetzes geschaffen. Wir haben den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der Wolf auch weiterhin ganzjährig geschont ist.

Grünland / Moorschutz / Klimaschutz

Artenreiches Dauergrünland leistet einen außerordentlich hohen Beitrag zum Klima-, Natur- und Umweltschutz und ist dazu ein bedeutsamer Kohlenstoffspeicher. In Kombination mit der Weidehaltung sind zusätzlich zu den Biodiversitätsvorteilen in gleichem Maße viele Tierwohlaspekte verbunden. Der zukünftige Niedersächsische Landtag sollte sich für eine entsprechende Würdigung einer Dauergrünlandnutzung einsetzen. Denkbar ist u. a. die Einführung von Förderprogrammen für alle Weidetierhaltungen wie auch die Honorierung der Vorteile des Dauergrünlandes durch z.B. CO₂-Zertifikate.

Welche Position vertritt Ihre Partei bei zukünftigen GAP-Verhandlungen im Hinblick auf die Weidetierhaltung als weitere Eco-Schemes?

Dauergrünland spielt für den Transformationsprozess der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. So sind 8,4 Prozent der Landesfläche aus Moorböden bestehend, welche bei den Einsparungen von CO₂-Emissionen eine Schlüsselfunktion einnehmen.

Die EU-Kommission fordert Deutschland insbesondere auf, die Öko-Regelungen zu überprüfen. Dies könnte z. B. durch eine Beweidungsprämie für Grünland erfolgen, die für Grünlandbetriebe eine Honorierung ihrer Leistungen durch Beweidung bedeuten würde.

Wir fordern ein Förderprogramm für Weidetierhalter und haben ein erstes solches Instrument mit der Förderung für Ziegen und Schafe bereits umgesetzt. Die Ausweitung ist ebenfalls geplant und soll auch für Bereiche der Rinderhaltung kommen. Wichtig ist für die SPD Niedersachsen ein Dialog mit den Landwirten in Niedersachsen auf Augenhöhe. Das war bereits in der Vergangenheit so und das wird auch zukünftig für die SPD Niedersachsen gelten.

Beim Moor- und Klimaschutz werden wir die Flächenbewirtschafter und den ländlichen Raum in diesen Transformationsprozess einbinden, mitnehmen und Chancen für eine zukunftssichere Partizipation aufzeigen. Die Kompensation von angepasster Bewirtschaftung und CO₂-Speicherung ist ein guter Weg. Wir werden ein Kompetenzzentrum Moorschutz mit den Schwerpunkten Entwicklung, Erprobung und Umsetzung moorschonender Nutzungskonzepte schaffen. Freiwillige Kohlenstoffzertifikate können als Finanzierungshilfe entwickelt werden.

Noch in diesem Jahr wurde im Landtag ein Entschließungsantrag für einen erfolgreichen Moorschutz auf den Weg gebracht. Betroffene Maßnahmen sind unter anderem: Die Ausweitung des Dialogformats des Niedersächsischen Weges auf die Bereiche Moor- und Klimaschutz, Ziele für die Minderung von

Treibhausgasemissionen aus Moorböden zu definieren und die Forschung im Bereich Moor- und Klimaschutz mit innovativen Förderformaten weiter auszubauen.

Zum Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG)

Zum vorgenannten Gesetzentwurf der Landesregierung gab es in Bezug auf die Umsetzung seitens einiger Verbände, u. a. unseres Landesverbandes, sowie von Frau Prof. Dr. Antje G.I. Tölle (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) z. T. kritische Anmerkungen.

Wie steht Ihre Partei zur Umsetzung des geplanten Gesetzes?

Zum NGrdstLwG wurden, wie bei jedem Gesetzentwurf, umfangreiche Anhörungen mit verschiedenen Verbänden durchgeführt. Derzeit befindet sich der Entwurf im politischen Verfahren. In der Ausschusssitzung vom 15.06.2022 des Landwirtschaftsausschusses wurde dem Gesetzentwurf jedoch bereits mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Der GBD (Gesetzgebungs- und Beratungsdienst) gab zum Entwurf des NGrdstLwG ebenfalls umfangreiche Anmerkungen ab, die teilweise ähnliche Problemstellungen ausmachten, wie Frau Prof. Tölle. Entsprechende Anpassungen wurden deshalb in den Entwurf aufgenommen. Steigende Bodenpreise und die Sorge, außerhalb der Landwirtschaft stehende Konzerne oder Kapitalanleger könnten sich in den Bodenmarkt einkaufen, haben uns veranlasst, das Grundstücksverkehrsrecht zu überarbeiten. Damit wollen wir verhindern, dass Investoren die wirtschaftenden Betriebe bei Kauf und Pacht vom Markt drängen. Wir haben Maßnahmen zur Sicherung der niedersächsischen Agrarstruktur vereinbart.

Die Grundstücksverkehrsausschüsse müssen personell und praxisnah aufgestellt und in ihren Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten gestärkt werden. Dabei waren die Erkenntnisse aus der Anhörung und die Anmerkungen des Niedersächsischen Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes sehr hilfreich.
